

Roadpricing reduziert Verkehr bis 30 Prozent

Agglomeration Bern Studie sagt bei 5 oder 9 Franken Gebühr massive Verkehrsreduktion voraus – nun ist der Bund gefragt

VON SAMUEL THOMI

«Roadpricing kann einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Agglomerationen leisten.» Zu diesem eindeutigen Fazit kommen Kanton, Region und Stadt Bern. Ihm zugrunde liegt eine 87-seitige Studie zweier Verkehrsplanungsbüros aus Bern und Olten. Würde für Fahrten in der Stadt und Agglomeration beispielsweise eine Abgabe von 5 Franken pro Tag erhoben, ginge das Verkehrsaufkommen gegenüber den Prognosen des Gesamtverkehrsmodells für das Jahr 2030 um 15 bis 20 Prozent zurück. Müsste man in und um Bern pro Fahrtag 9 Franken Pauschale zahlen, ginge das Verkehrsaufkommen sogar bis zu 30 Prozent zurück. – In jedem Fall ausgenommen von Roadpricing wären Autobahnen.

In beiden Modellrechnungen ginge die Verkehrsbelastung fast auf allen Strassenabschnitten merkbar zurück, am stärksten natürlich im Zentrum. Viele Wege würden auch zu Fuss zurückgelegt. Besonders stark wäre der Rückgang zudem auf gerade noch ausserhalb der Mautpflicht liegenden Strassen; vor allem eine Auswirkung des Transitverkehrs, welcher Bern vermehrt durchfahren würde.

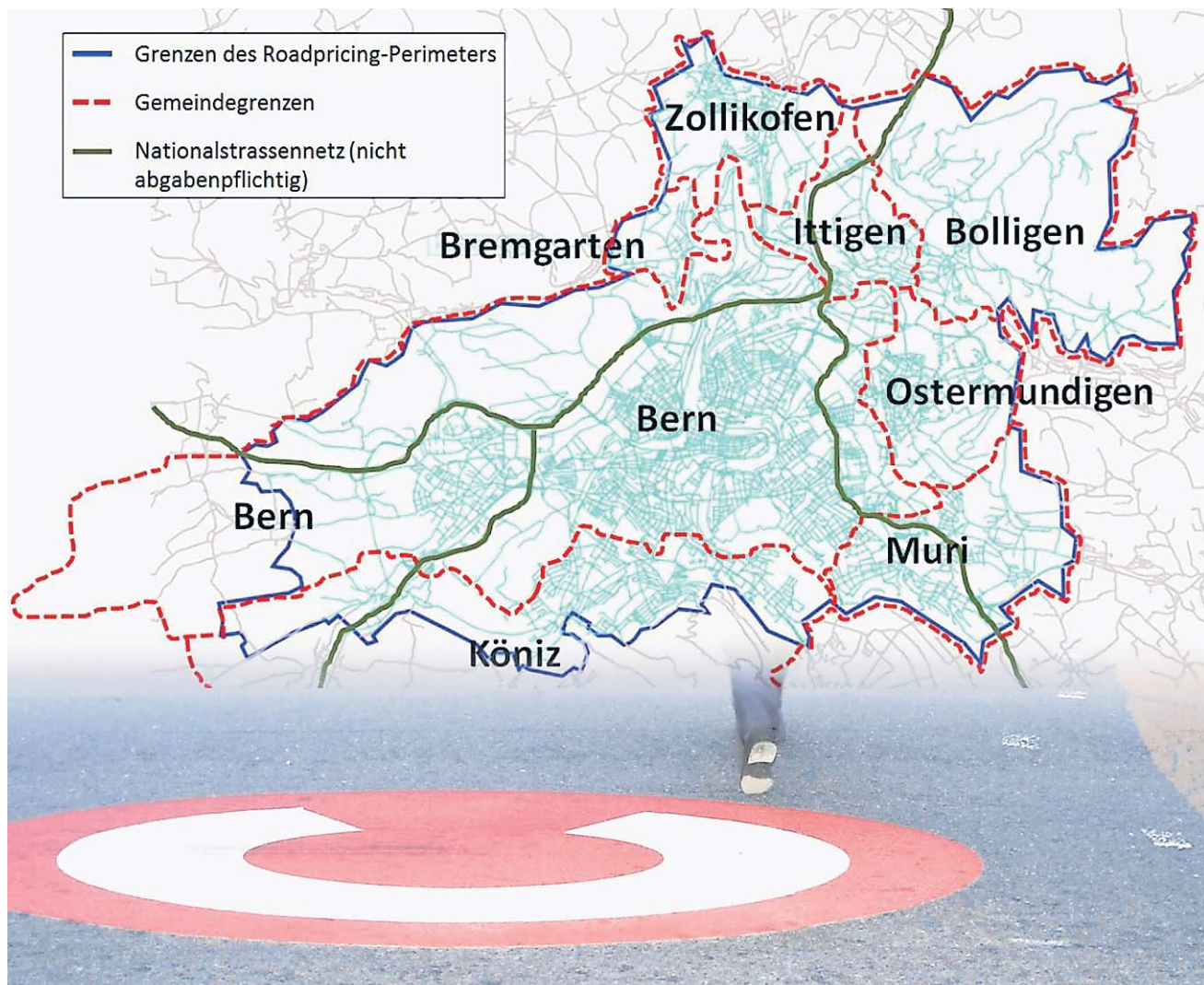
«Nicht die Ergebnisse, sondern deren Deutlichkeit überraschen mich.»

Barbara Egger, kantonale Verkehrsdirektorin

Doch nicht nur in der Stadt und Agglomeration Bern würde der Verkehr reduziert. Fast die Hälfte der Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (MIV) erfolgte im restlichen Kantonsgebiet. Entsprechend fiel auch die Zunahme des öffentlichen Verkehrs (öV) ausserhalb der Maut-Zone grösser aus. In anderen Worten: Mit Roadpricing würde der MIV weiter auf den öV verlagert.

Finanziell rechnet die Studie mit 260 bis 400 Millionen Einnahmen. Rund 60 Prozent davon aus dem Ziel- und Quellenverkehr; 39 Prozent aus Verkehr mit Ziel und Start im Roadpricing-Gebiet – der Rest aus Transit.

«Die Einnahmen könnten für die für den notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs und die Entlastung der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler eingesetzt werden», teilten Kanton, Regionalkonferenz Bern-Mittelland und Stadt gestern in einer gemeinsamen Medienmitteilung mit. Als Beispiel wird in der Studie aber auch eine regionale Senkung der Mo-



Ist, was mit der «Congestion Charge» in London funktioniert, auch in Bern möglich?

KEY/KANTON BERN

torfahrzeugsteuern oder die Vergütung via Steuerrechnung (240 Franken pro Jahr und Person) erwähnt.

Zur technischen Abwicklung der Gebührenerhebung ziehen die Studienautoren die Video- der Funkaufzeichnung vor. Das Überwachen von grossen Einfallstrassen und wichtigen Verkehrswegen wie Brücken an 173 Punkten sei günstiger und einfacher als die Messung via eingebauter Kästchen analog der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe. Es sei mit Investitions- und Betriebskosten von 26 Millionen je Jahr zu rechnen.

TCS kritisiert – «Läbige Stadt» freuts

Die bernische Verkehrsdirektorin Barbara Egger zeigte sich gestern «nicht von den Ergebnissen, sondern deren Deutlichkeit» überrascht. Damit sei klar, dass Roadpricing nicht nur in grossen Zentren wie London oder Stockholm funktionieren könne, sondern auch in kleineren überlasteten Ballungsräumen. Ob in der Region Bern dereinst ein Pilot durchgeführt werden kann, entscheidet jedoch der Bund (vgl. Texte rechts).

Generell beurteilt auch die Studie Roadpricing als Instrument mit grossem Potenzial; obwohl noch Fragen offen seien. So seien etwas Modelle denkbar, bei denen das Befahren des Gebiets nur zu Spitzenzeiten kostet.

«Roadpricing ist für Bern der falsche Ansatz», kritisierte Christoph Erb gestern als Präsident von TCS Region Bern und Berner KMU. «Die 173 Kontrollpunkte sind für den Bürger eine schreckliche Vision» und für das Gewerbe hinderlich. So hätten der nationale Gewerbeverband und TCS bereits bei der Beratung im Parlament das Referendum angekündigt.

Freude ob den Studienergebnissen herrschte dagegen bei «Läbige Stadt». Der autokritische Stadtberner Verein kämpft seit Jahren für einen Roadpricing-Versuch in der Hauptstadt. «Der Bund muss nun die gesetzlichen Grundlagen schaffen, damit in der Region Bern ein Pilotprojekt durchgeführt werden kann», teilte «Läbige Stadt» mit. «Bern wäre darauf bestens vorbereitet und könnte eine Vorreiterrolle einnehmen», so Präsidentin und Grossrätin Nadine Masshardt.

Bund will Mobilität besteuern

Bisher lehnten Landesregierung und Bundesparlament einen Roadpricing-Test im Kanton Bern stets ab. Statt den Verkehr auf einzelnen Strassen mit Gebühren zu lenken, setzt der Bund auf ein generelles Mobility-Pricing. Für die verschiedenen Mobilitätsformen sollen jeweils leistungsabhängige und zweckgebundene Abgaben erhoben werden. Quersubventionierungen sollen also wegfallen. «Die Höhe des Nutzerbeitrages richtet sich dann nicht mehr (...) nach dem Energieverbrauch, sondern (...) den auf dem Netz effektiv zurückgelegten Kilometern», schreibt das zuständige Bundesamt für Umwelt, Verkehr (Uvek) im Internet. Roadpricing-Modelle in einzelnen Zonen dagegen sind laut Uvek «nach den bisherigen internationalen Erfahrungen aufwändig in der Umsetzung und leisten keinen Beitrag zur langfristigen Bewältigung der systemimmanenten Herausforderungen der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung.» (SAT)

Gastbeitrag zum Lauf der Zeit

Eine ist deine



VON MARIE-LOUISE BEYELER-KÜFFER*

■ **ER LACHT**, als wolle er mir einen Witz erzählen: Eine ist deine, das habe er einmal über einer Sanduhr gelesen. So sei das halt, es gebe viele Abschiede und irgendeinmal dann jenen von der Welt. Zum Reden schaut der alte Mann aus dem Fenster.

DRAUSSEN IST DIE LANDSCHAFT bräunlich. Nicht mehr Winter, noch nicht Frühling, die Bäume kahl, die Sträucher struppig, Felder und Wiesen allesamt in gedämpften Farben. Im Moment ist tatsächlich überall Abschied. Rund um mich wird gestorben. Nach «reichem, erfülltem Leben», wie es jeweils

heisst, oder auch nicht. Auch Hazy ist jetzt im Musikerhimmel. Als man vor ein paar Tagen am Fernsehen die Stationen seines Leben vorgeführt erhielt, wurde mir klar, all das hast du tatsächlich miterlebt. Den «Kriminaltango» in der guten Stube, frivol und prickelnd schien mir das, die Eltern tanzten, wir waren verlegen und warteten immer auf den krachenden Schuss. Da hat jeweils Mutter den Vater ins Ohr gebissen und ich bewunderte Hazy, der so etwas zustande brachte.

SPÄTER ERZÄHLTE MAN von seinen «Lokalen» in Zürich, man hätte meinen können, er betreibe 20 Puffs, und das konnte ja nicht gut gehen. Hazy spielte weiter, gar manche Fernsehbox holte ihn

wieder ins Rampenlicht, flink bearbeitete er das Vibrafon und machte auf cool, obwohl er vielleicht einfach die Honorare brauchte und eigentlich ein bisschen wie ein trauriger Clown aussah. In «Benissimo» trat er sicher auch auf, und jetzt stirbt nach ihm demnächst auch diese biederste aller Fernsehsendungen. Macht nichts, so muss ich mich nie mehr fragen, wer um Gottes willen denn die Witze der Friends lustig findet und warum Beni mit diesen farbigen Kugeln immer so lange herumtrödelt. Geld verteilen geht heute speditiver. Die Geldverteilsendungen haben zwar Tempo, aber ich finde sie so traurig wie den alten Vibrafon spielenden Hazy. Was ich mit einer Million machen würde? Wahrscheinlich ratlos im Bahnhof sitzen wie der Junge in «Slumdog Millionaire».

ACH JA, APROPOS BAHNHOF: Die Markthalle am Bahnhofplatz hier in Bern verschwindet, dieses Gewusel von Beizen, Musik und schlechter Luft, beim Dinieren tragen sie die Ghüdersäcke an dir vorbei, aber wenigstens nicht so ein Designerambiente, das mittlerweile von Oslo bis Olten und von Thun bis Turin gleich aussieht.

WIR SCHAUEN IMMER NOCH AUS dem Fenster. Es drängelt in der Natur, in Kürze wird überall Grün und Bunt hervorspriessen. Während Hazy und Co. im Himmel für das erste Konzert vor dem obersten Chef proben, rüsten wir uns für wärmere Tage. Ich fahre vom Besuch beim alten Mann nach Hause, das Bild von der Sanduhr kommt mit. Eine ist deine.

*Marie-Louise Beyeler-Küffer ist freie Journalistin, Theologin und lebt in Bern.

Nachgefragt

«Zukunftsträchtiges Modell»

Evi Allemann (SP)

ist seit 2003 Nationalrätin und Mitglied der Verkehrskommission. Die 33-Jährige wohnt in Bern und präsidierte früher den Verein Läbige Stadt.



Frau Allemann, seit Jahren kämpfen Sie für Roadpricing: Die Berner Studie gefällt Ihnen sicher?
Evi Allemann: Ja, die Studie gibt Roadpricing neuen Aufwind und zeigt in aller Deutlichkeit, dass dies ein zukunftsträchtiges Modell für die Verkehrspolitik ist. Das Verkehrswachstum ist enorm, die Probleme in den Städten und Agglomerationen ebenso. Da kommen regulierende Massnahmen wie Roadpricing recht.

Ebenso klar will der Bund nichts wissen von Roadpricing.
Bislang rannte ich auf Bundesebene in der Tat gegen verschlossene Türen. 2009 etwa wurde ein befristetes Bundesgesetz für einen Versuch abgelehnt. Doch je grösser die Probleme werden, desto innovativere Lösungen finden Mehrheiten. Das ist eine Chance für Roadpricing. Die Fronten sind weniger verhärtet als auch schon.

Doch Gewerbe und bürgerliche Parteien laufen ebenfalls Sturm.
Nicht mehr so heftig wie auch schon. In Bern sprach sich kürzlich beispielsweise die rechtsbürgerliche Entente Bernoise für Roadpricing aus. Und auch der liberale Think-Tank Avenir Suisse befürwortet Roadpricing inzwischen. Gerade Ökonomen haben durchaus Sympathien, denn mit Roadpricing werden etwa die externen Kosten der Strassenbenutzung verursachergerecht auf die Verkehrsteilnehmenden abgewälzt.

Roadpricing ist also chancenlos?
Früher oder später werden die Verkehrsprobleme so gross, dass Roadpricing wie in umliegenden Ländern mehrheitsfähig wird.

Interview: Samuel Thomi

Nachrichten

Bern Ermittler vermuten Brandstiftung

Der Dachstockbrand in der Berner Länggasse vom August 2011 war wohl gelegt. Zu diesem Schluss kommen die Experten der Kantonspolizei. Fahrlässigkeit könne aber nicht ganz ausgeschlossen werden, heisst es in einem Communiqué von gestern. Das Feuer war im Estrich eines Mehrfamilienhauses am Seidenweg ausgebrochen und löste einen Grosseinsatz der Feuerwehr aus. (SDA)

Drogenhandel Kontrollen

Am Mittwochabend wurden bei gezielten Kontrollen gegen Drogenhandel in der Stadt fünf Personen wegen Betäubungsmittelhandel und Verstössen gegen das Ausländergesetz festgenommen. Vier Personen wurden in Ausschaffungshaft versetzt. Es wurden kleinere Mengen Kokain und Marihuana sowie Bargeld sichergestellt. (PKB)